

Jahresempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.
am 23. Juni 2025 - Festvortrag von Monika Schulz-Strelow

Geschlechterdemokratie und Parität - Jetzt!

Die *Überparteiliche Fraueninitiative Berlin* ist ein bedeutendes, parteiübergreifendes Netzwerk, das sich langfristig und wirksam für Frauenpartizipation und Geschlechtergerechtigkeit in Berlin einsetzt – politisch, gesellschaftlich und institutionell.

Was für eine Freude, zum Jahresempfang der *Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen* eingeladen zu sein und einige Gedanken mit Ihnen zu teilen.

Danke an Dr. Haghanipour für die Begrüßung hier im Berliner Abgeordnetenhaus und Elke Herer für die Einführung. Ich habe mich in Vorbereitung auf meinen kleinen Beitrag zu Geschlechterdemokratie und Parität mit der Webseite von ÜPFI¹ befasst und mir das breite Themenspektrum angesehen. Natürlich habe ich auf den Begriff Gleichstellungspolitik geklickt, aber vorher noch über den letzten *Salon* mit dem Titel „Hätten Frauen diese Koalition gewählt? Wahlverhalten von Frauen“ nachgedacht.

Wenn es dabei um die aktuelle Koalition auf Bundesebene ging und in dem Zusammenhang auch die Bedeutung der Gleichstellung im Koalitionsvertrag hinterfragt wurde, muss der geringe Anteil von Frauen im Bundestag, der im Grußwort von *Rita Süßmuth* gerade schon beziffert wurde, ein zentrales Thema gewesen sein. Diese Entwicklung beunruhigt uns alle.

Denn darüber hinaus sehen wir in den entscheidenden Fraktionspositionen und dem wichtigen Koalitionsausschuss fast nur noch männliche Politiker. Dies wird auch in den gezeigten Bildern sehr deutlich dokumentiert, dass vorrangig Männer die Politik beherrschen und entscheiden. Da stimmt mich die gegenwärtige Zusammensetzung der Koalition sehr nachdenklich, auch wenn die SPD einen hohen Anteil Ministerinnen benannt hat.

Wir alle müssen sehr wachsam sein, dass unser sicher geglaubtes politisches Terrain uns nicht unter den Füßen weggezogen wird.

Das heißt hier für die Anwesenden auf der Berliner Ebene, alles zu tun, dass mit der Wahl am 20.09.2026 in Berlin mehr Frauen ins Parlament kommen, obwohl wir mit ca. 39 % im Vergleich zur Bundesebene und anderen Bundesländern derzeit noch gut abschneiden. Mehr Frauen müssen wieder sichtbarer in der Stadt werden, denn wir sind die Stadt der Frauen und dazu haben Sie mit Ihrer langjährigen Arbeit beigetragen. Aber jetzt heißt es für ÜPFI auch, die sozialen Medien mehr zu nutzen, denn Sie wollen auch junge Frauen ansprechen und erreichen. Viele von den

¹ Abkürzung des Namens: Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.

jungen Frauen sind und wollen nicht mehr in klassischen Vereinen organisiert sein, wie wir das in den unterschiedlichen Verbänden und Initiativen sind. Sie wollen das Commitment nicht mehr langfristig eingehen, sind aber für schnelle Aktionen leichter zu gewinnen.

Und nun komme ich endlich zu dem Begriff *Gleichstellungspolitik*, den ich auf der Website in der Themenrubrik angeklickt habe, und lese den Bericht zu einer Podiumsdiskussion vom 23. Februar 2005 mit dem Titel „Gleichstellung in der Wirtschaft - Quo Vadis? Vereinbarkeit zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“.

Zwei Punkte aus dem Bericht blieben mir besonders im Gedächtnis, den Optimismus der damaligen Abteilungsleiterin im BMFSFJ, Frau Unger-Soyka, dass sich die Situation von Frauen in der freien Wirtschaft nach dem Vorliegen von ersten Daten und viel Überzeugungsarbeit in hochrangigen Gesprächen zu Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft zwischen dem Ministerium mit Vertretern der Wirtschaftsverbände verbessern würde. Diesen Optimismus mochten die meisten der 90 anwesenden Teilnehmer/innen im Publikum nicht teilen.

Für Professor Susanne Baer, damalige Direktorin des Berliner Genderkompetenzzentrums an der Humboldt Universität, umfasste der Begriff Gender Mainstreaming in der Wirtschaft deutlich mehr als die Frage nach dem Prozentsatz von Frauen in Führungspositionen. Außerdem genügte ihr auch der Ruf nach Gesetzen allein nicht. So seien Lohndiskriminierungen und sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz schon ausreichend gesetzlich geregelt. Der gerichtliche Weg würde jedoch immer erst dann gegangen, wenn der Job schon weg ist, so Baer. Im Jahr 2004 gab es denn auch nur ganze zwei Klagen von Betroffenen zu diesem Themenkomplex. Carola Braun, Sprecherin der *Überparteilichen Fraueninitiative* regte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit von Verbandsklagen an.

Und diese Forderung, z. Beispiel nach dem Verbandsklagerecht zum Schutz der einzelnen Person, besteht heute bei der Überarbeitung des *Entgelttransparenzgesetzes* unvermindert weiter. Es hat sich also in den letzten 20 Jahren nicht so viel verbessert.

Dieser Februar 2005 war auch der Beginn meines Engagements für mehr Frauen in die Aufsichtsräte der Privatwirtschaft, denn Sabine Bangert, eine Mitstreiterin von Dr. Sybill Klotz, rief mich an und lud mich zu einem informellen Gespräch zu Frauen in Führung in der Privatwirtschaft ein, da ein großer Bedarf bestünde. Frauen in den öffentlichen Unternehmen hier in Berlin waren vorbildlich in Führungspositionen vertreten. Ich hatte es in meiner langen Zeit als Geschäftsführerin der BAO Berlin, der damaligen Tochtergesellschaft der IHK für Außenwirtschaft, bis zur Fusion mit der Wirtschaftsförderung Berlin im Jahre 2003 leider nur mit männlichen Kollegen zu tun.

Aus diesen und weiteren Treffen mit der Initiativgruppe ist nach vielen Diskussionen im November 2006 FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e. V. gegründet worden, und ich wurde, da ich aus der Wirtschaft kam und freiberuflich tätig war, eher beiläufig gebeten, die Präsidenschaft zu übernehmen. Keine von uns ahnte, wie der Weg verlaufen würde. Der Verein war anfangs gegen eine feste Frauen-Quote, denn wir hofften weiter auf die Einsicht der Unternehmen, dass sie die freiwillige Selbstverpflichtung, mit der sie 2001 dem damaligen Bundeskanzler Schröder zugesagt hatten, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, auch einhalten würden. Aber in einer Sitzung im Jahr 2008, in der ich die 30 anwesenden Frauen gefragt hatte, ob und wie sie die gläserne Decke in ihrem Umfeld erlebt haben, kamen alle zu der Überzeugung, ohne gesetzlichen Druck gibt es keine Veränderung. Wir einigten uns auf eine 30 % Quote für Aufsichtsräte, da eine 30 % Minderheit in einer Gruppe gehört und wahrgenommen und nicht mehr von der Gesamtgruppe ignoriert werden kann.

Die nächste wichtige Stufe nach der Festlegung von FidAR auf die 30 % Quote für Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen war der Zusammenschluss von sechs Parlamentarierinnen aus allen im Bundestag vertretenen Parteien und sechs Frauenverbänden zur Berliner Erklärung im Jahr 2011, mit dem gemeinsamen Ziel, ein Gesetz für mehr Frauen in den Aufsichtsräten der Privatwirtschaft ebenfalls mit einer 30 % Quote im Jahr 2013 mit auf den Weg zu bringen, da sich seit 2009 zu wenig geändert hatte. Zwar war im Koalitionsvertrag 2009 ein Stufenplan von Frau von der Leyen für mehr Frauen in den Aufsichtsräten der Privatwirtschaft und öffentlichen Unternehmen verankert worden, doch ihre Nachfolgerin als Ministerin im BMFSFJ, Christina Schröder, lehnte feste Quoten ab. Die gemeinsame Forderung der Berliner Erklärung nach einer 30% Quote für Frauen in Aufsichtsräte wurde intern sehr gut umgesetzt; es drang wenig von unserer Strategie nach draußen. Es wurden nur wenige Externe einbezogen. Diese Vorgehensweise war für viele, besonders männliche Abgeordnete, im Bundestag schwierig zu akzeptieren.

Ohne die Berliner Erklärung und FidAR hätte es in dem Jahrzehnt wahrscheinlich kein FüPoG mit der festen Geschlechterquote für Aufsichtsräte und individuellen Zielvorgaben für Unternehmen gegeben.

Leider ist es nach 2013 nicht mehr gelungen, die überparteiliche Zusammenarbeit von Abgeordneten zur Fortschreibung der Gleichstellungspolitik weiterzuführen. Die Vertreterinnen der verschiedenen Parteien hatten gewechselt und die neuen fanden nicht zusammen. So habe ich im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 insgesamt siebzehn Frauenverbände als Initiatorinnen und über 20 Verbände als Verbündete gewinnen können, um die Arbeit der Berliner Erklärung weiterzuführen und gemeinsame Forderungen aufzustellen. Diese Forderungen wurden wiederum mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien diskutiert und mit den jeweiligen Wahlprogrammen abgeglichen. Im Laufe der Legislatur befragten wir die jeweiligen Ministerinnen und Minister bezüglich der gleichstellungspolitischen Themen, die im Koalitionsvertrag verankert worden waren, zum Umsetzungsstand, um daraus neue Forderungen für die kommende Wahl abzuleiten.

Und diese umfassende ehrenamtliche Arbeit wurde geleistet ohne eine gefestigte

Organisationsform und ohne Förderung.

Die *Berliner Erklärung* hat wesentlich mit ihren Forderungen 2017 nach einem Institut für Gleichstellung dazu beigetragen, dass 2021 eine Bundesstiftung für Gleichstellung gegründet wurde.

Im Jahr 2017 wurden erweiterte Forderungen formuliert, die wir im Jahr 2021 und im Vorfeld der letzten Bundestagswahl ausgebaut und zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025 thematisch deutlich ergänzt haben. Denn wir repräsentieren mit unseren insgesamt 49 Verbänden über 6 Millionen Frauen aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern in all ihrer Vielfalt.

Diese Forderungen stehen im Einklang mit grundlegenden Anliegen der *Überparteilichen Fraueninitiative Berlin* hinsichtlich von Parität und Stärkung demokratischer Prozesse und – damit untrennbar verbunden – von Gleichstellung der Geschlechter. Und so wünschen wir uns ein Land, in dem Gleichberechtigung endlich vollständig verwirklicht ist. Uns eint die Sorge um unsere Demokratie und um den Zusammenhalt in Europa. Demokratie und Gleichberechtigung gehen Hand in Hand. Dafür braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Gerade wir gleichstellungspolitisch bewegten Verbände und Vereine leisten Entscheidendes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sehen mit großer Sorge die Politik von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Gruppierungen, die sich offen gegen die Rechte von Frauen sowie gegen die Rechte von Minderheiten und Zugewanderten wenden. Ebenso besorgt uns die Zunahme von Gewalt gegen Frauen – im öffentlichen, privaten und virtuellen Raum. Hier ist die Sorge um Politikerinnen im kommunalen Bereich besonders groß. Ein selbstbestimmtes Leben, frei von Gewalt, ist Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe.

Wir erwarten von den demokratischen Parteien realistische Lösungen statt Parolen und Versprechen. Wir erwarten parteiübergreifende Zusammenarbeit statt gegenseitige Ideologie-Vorwürfe. Wir wissen nur zu gut, dass Fortschritte in der Gleichstellung meist nur dann erzielt wurden und werden, wenn partei- bzw. fraktionsübergreifend zusammengearbeitet wird.

Unsere vier zentralen Kernforderungen:

1. Parität in allen gesellschaftlichen Bereichen
2. Gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen in der Arbeitswelt
3. Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern
4. Für ein selbstbestimmtes Leben frei von Gewalt

Mit einem **Stufenplan für Parität** muss in allen unten aufgeführten Bereichen der **Gender Gap bis 2030** geschlossen werden. Dies gilt für

- öffentliche und private Unternehmen;
- Kultur und Medien;
- Wissenschaft, Forschung und Medizin;

- Justiz und Recht;
- Politik und Parlamente;
- geschlechtergerechte Vergabe von Fördermitteln;
- vollständige Umsetzung der Istanbul Konvention;
- wirksame Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen;
- Stärkung der Selbstbestimmungsrechte von Frauen;
- Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie die Sicherstellung bedarfsgerechter Beratung und Versorgung von ungewollt schwangeren Frauen.

Was wir bei der Formulierung unserer Forderungen über den Jahreswechsel noch nicht absehen konnten, war, wie schnell durch die Amtsübernahme des amerikanischen Präsidenten das Thema *Diversity*, im Amerikanischen unter dem Akronym DEI – Diversity, Equity and Inclusion – bekannt, zur Disposition gestellt wurde. Auch deutsche Unternehmen mit engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit den USA haben den Begriff *Diversity* unverzüglich von ihren Webseiten entfernt - und dies nicht nur in den USA, sondern auch in vorauseilendem Gehorsam in Deutschland.

Trumps Forderungen bedeuten einen kulturpolitischen Einschnitt, der das Verständnis von Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Gleichstellung in Staat & Gesellschaft aushebelt. Betroffen sind alle DEI-Bereiche: Bildung, Verwaltung, Unternehmen, Kultur - inklusive Programme zum Schutz marginalisierter Gruppen.

Was heißt das für unser gemeinsames Handeln in den unterschiedlichen Positionen, in denen wir uns bewegen:

- Geschlechtergerechtigkeit ist keine „Frauenfrage“, sondern eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe.
- Wenn Frauen 50 % der Bevölkerung stellen, aber nur 25 – 35 % Entscheidungspositionen besetzen, entsteht ein Repräsentationsdefizit.
- Wenn Frauen sichtbar in Machtpositionen sind, ändert sich das gesellschaftliche Bild von Führung, Männlichkeit, Weiblichkeit und Erfolg.
- Nachhaltige Gleichberechtigung gelingt am besten über Kombination von Quote, Netzwerkförderung und systematischer Kulturveränderung.
- Berlin bietet starke Voraussetzungen dafür – allerdings ist ein aktueller Frauenanteil von 39 % im Abgeordnetenhaus noch keine Parität.
- Es liegt an uns: als Gesellschaft, Wähler:innen und Zivilgesellschaft, Parität in allen gesellschaftlichen Bereichen einzufordern.
- Gesellschaften mit höherer Gleichstellung sind friedlicher, stabiler und widerstandsfähiger gegenüber Krisen.

Setzen wir uns alle gemeinsam für unsere Ziele ein. Zusammen sind wir einfach mehr, aber wir müssen sichtbarer werden und bleiben!

Heute zum Jahresempfang der *Überparteilichen Fraueninitiative Berlin* feiern wir, genießen die Musik, die Gespräche und werden so gestärkt für die nächsten Herausforderungen nach vorne blicken!

Herzlichen Dank für die Einladung und Ihre Aufmerksamkeit!

Monika Schulz-Strelow
Gründungspräsidentin von FidAR e. V.
Sprecherin der Berliner Erklärung